

Von Jens Wernicke

Dass das deutsche Bildungssystem hochgradig sozial selektiv ist, ist inzwischen ein Allgemeinplatz. Dass die meisten aktuellen Reformbemühungen jedoch faktisch auf eine umfassende „Modernisierung von Auslesemechanismen“ hinauslaufen, wie Torsten Bultmann und Oliver Schwedes dies bereits vor einigen Jahren in ihrem Aufsatz „[Die Zukunft des Bildungssystems: Lernen auf Abruf – eigenverantwortlich und lebenslänglich!](#)“ konstatierten, gerät bei weitergehender Analyse aktueller Bildungsreformen zu schnell aus dem Blick.

Alle laufen schneller im Bildungs-Hamsterrad...

Damit meinen Bultmann und Schwedes, dass viele Reformvorschläge und Reformen, die wir vordergründig als Fortschritt wahrnehmen, hintergründig allzu oft folgende Strategie verfolgen: Immer mehr Mittel werden auf frühe Bildung konzentriert, und im späteren Verlauf der Bildungswege wird dann mehr und mehr auf so genannte „Eigenverantwortung“, auf private Bezahlbildung, auf die Erhöhung des Leistungs- und Konkurrenzdrucks sowie hieraus folgend wiederum einer sozialen Selektion gesetzt.

Im Durchschnitt wäre so zwar das allgemeine Bildungsniveau angehoben, das Prinzip der sozialen Auslese und damit der Verfestigung der sozialen Spaltung der Gesellschaft bliebe jedoch unangetastet: „Unten“ würde dann zwar durchaus von breiteren Bevölkerungsteilen „mehr“ als bisher gelernt, oben würden hierfür jedoch die Auslesemechanismen modernisiert und weiter ausgebaut.

Das so genannte „Arbeiterkind“ würde so zwar womöglich einen höheren Bildungsabschluss erzielen, diese Leistung würde jedoch nicht durch sozialen Aufstieg belohnt. Zwar erlangte es fortan vielleicht leichter beispielsweise einen Bachelorabschluss, scheiterte dann jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit an den neuen Hürden vor einem Masterstudium oder dem Zugang zu einer „Exzellenz“-Universität – also an hiernach neu errichteten Mechanismen von Auslese und Exklusion^[1].

Am Ende stünden dann gegebenenfalls Arbeiterkinder mit Bachelorabschluss, die es aufgrund ihres „Bildungsaufstieges“ gerade einmal vermocht hätten, die bisherige soziale Position ihres (nicht studierten) Elternhauses aufrechtzuhalten, während zugleich nicht studierte Arbeiterkinder noch weiter abgehängt und die bisherigen „Akademikerprivilegien“ schlicht an höhere und alsdann stärker sozial selektierte Bildungsabschlüsse weitergereicht worden wären: Besser bezahlt und sozial abgesichert wäre dann eben nur noch derjenige mit Master- oder „exzellentem“ Abschluss, wobei der Zugang zu derlei Privilegien sozial

deutlich selektiver geworden sein wird [2].

...doch nur jene aus „besseren Familien“ profitieren hiervon

Wie recht Bultmann und Schwedes mit ihrer diesbezüglichen Analyse hatten, bestätigt [aktuell eine Studie der Soziologin Christina Möller \[PDF - 1.6 MB\]](#), Doktorandin beim Elitenforscher Michael Hartmann von der Technischen Universität Darmstadt. Diese belegt am Beispiel des Flächenlandes Nordrhein-Westfalen, dass die soziale Herkunft bei Berufungen kaum je so bedeutend war wie heute. Möller konstatiert deswegen sogar einen Trend zur „sozialen Schließung der Universitätsprofessur“.

In Übereinstimmung mit einschlägigen Befunden der Bildungsforschung, die auf einen engen Zusammenhang zwischen der Erreichung hoher Bildungstitel und einer sozio-ökonomisch privilegierten sozialen Herkunft verweisen, stammen auch die untersuchten Professorinnen und Professoren zu einem Drittel (34 Prozent) aus der „höchsten“ und nur zu geringen Anteilen (11 Prozent) aus der „niedrigen“ Herkunftsgruppe, während die Anteile aus der „mittleren“ und „gehobenen“ Herkunftsgruppe je 27 Prozent betragen. Zeitverlaufsanalysen des Datenmaterials zeigten dabei, dass in den letzten 20 Jahren durch einen Anstieg von berufenen Professoren aus der höchsten Herkunftsgruppe die Selbstrekrutierungspraxen aus den statushohen Gesellschaftsschichten zugenommen haben.

So gehörten beispielsweise die Professoren, die in den Jahren zwischen 1971 und 1980 berufen wurden, der Studierendenkohorte von 1956 an. Damals stammten 43 Prozent der Studierenden aus der höchsten und 11 Prozent aus der niedrigen sozialen Schicht. Das spiegelt sich auch in etwa anhand der Zusammensetzung der Berufenen: 35 Prozent derselben entstammen der „höchsten“ und 11 Prozent der „niedrigen“ sozialen Schicht. Dreißig Jahre später ergibt sich ein gänzlich anderes Bild. 18 Prozent der inzwischen deutlich größeren Zahl von Studierenden sind „niedriger“ und 25 Prozent „höchster“ sozialer Herkunft. Unter der entsprechenden späteren Professorenkohorte sind die Professorinnen und Professoren „niedriger“ sozialer Herkunft mit nur 10 Prozent nun jedoch deutlich unterrepräsentiert, während jene mit „höchster“ sozialer Herkunft mit 38 Prozent deutlich überrepräsentiert sind.

Unter den Professorinnen ist die soziale Selektion sogar noch stärker. Der Anteil von Professorinnen mit „höchster“ sozialer Herkunft liegt aktuell bei 37 Prozent. Bei den Männern auf Professuren sind es nur 32 Prozent. Nur 7 Prozent der Professorinnen haben eine „niedrige“ soziale Herkunft, bei den Männern hingegen sind es 12 Prozent. Hartmann konstatiert daher, dass der erst am Anfang stehende Aufstieg von Frauen auf Professuren daher auch zu Zielkonflikten führen könne:

„Wenn man nur die Frauenquote im Auge hat, dann kann und wird das dazu führen, dass eben ‚Bürgertöchter‘ in größerer Zahl höhere Positionen erreichen. Aber eben nicht auf Kosten der Bürger-, sondern auf Kosten der Arbeitersöhne. Bei der Diskussion um Diversität sollte daher darauf geachtet werden, diese nicht auf die Geschlechterfrage zu verkürzen. Die Klassenzugehörigkeit muss mindestens die gleiche Bedeutung haben.“

Das Ergebnis der Studie bewertet er denn auch eben im Sinne von Bultmann und Schwedes und formuliert:

“Das zentrale Ergebnis lautet: Die soziale Rekrutierung von Studierenden und Professoren entwickelt sich genau entgegengesetzt. Das dürfte die Probleme von Bildungsaufsteigern im Uni-Alltag noch verstärken.“

Ausgerechnet bei den Juniorprofessuren greift die soziale Auslese dabei übrigens am deutlichsten: Nur 7 Prozent der Professureninhaber stammen aus der „niedrigen“, 62 Prozent hingegen aus der „höchsten“ Herkunftsgruppe. Sollten sich diese Professuren weiter verbreiten, rechnet Möller zukünftig mit einer noch schärferen „sozialen Schließung der Universitätsprofessur“.

Die Studie im Internet: soziale-welt.nomos.de.

[«1] Siehe hierzu etwa Michael Hartmann: [Leistung oder Habitus? Das Leistungsprinzip und die soziale Offenheit der deutschen Wirtschaftselite \[PDF - 108 KB\]](#).

[«2] Siehe hier etwa: [Jens Wernicke: Hochschule im historischen Prozess \[PDF - 3.9 MB\]](#); insbesondere das Kapitel „Die Illusion der Bildungsexpansion“, S. 78 ff.